



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/65 - 17. März 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 51-33
Fernschreiber 089 890

Deck Neuordnung Ost-Europas?	S. 1
Die Amerikareise des italienischen Staatspräsidenten	S. 3
Höchst bedenkliche Filmtendenzen	S. 5
Das "Boho der Zeit" und der Fall Globke	S. 7

Fragen an Dr. Adenauer

Von Dr. Adolf Arndt, M.d.B.

Der Bundeskanzler hat im "Rheinischen Merkur" zum 10. Gründungstage dieser Wochenzeitung "ein Wort zur Situation der Bundesrepublik" veröffentlicht. Diese Äusserung wird durch einen Nachdruck des Artikels in Nr. 53 S. 481 des "Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. März 1956 unterstrichen.

Dr. Adenauer warnt zunächst vor einer "neuen Politik", die angeblich an nationalistische Instinkte appelliere und bereit sein soll, den nationalen Alleingang zu wagen. Es gibt in Deutschland keinen vernünftigen Politiker und keine demokratische Partei, die an etwas so Unsinniges dächten. Alle Fraktionen des Bundestages stimmen darin überein, dass die deutsche Frage ein weltpolitisches Problem ist und aus der Regelung der Ost-West-Spannung nicht ausgeklammert werden kann. Es muss das Ansehen der deutschen Demokratie besonders im westlichen Ausland beeinträchtigen und unsere Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion schwächen, wenn der Bundeskanzler in einer so unbedachten und sachlich völlig unbegründeten Weise das Gespenst an die Wand malt, man müsse angeblich mit derartigen Bestrebungen rechnen. Als ich kürzlich im Bundestag die Taktlosigkeit rügte, mit der man meint, über "französische Zustände" sich abfällig äussern zu können, und meinerseits daran erinnerte, dass die Schwierigkeiten unseres französischen Nachbarvolkes doch auch noch auf Nachwirkungen seiner Leiden durch Hitlers Überfall beruhen, brandete mir allein aus der Fraktion der

ODU/CSU empörter Widerspruch entgegen. Wer war da wohl nationalistisch?

Der Kern der Ausführungen Dr. Adenauers findet sich jedoch in den folgenden Sätzen:

".....die Wiedergewinnung seines gemeinsamen freien Staatswesens ist nur dann möglich, wenn die freie Welt die Freiheit ganz Europas in einer umfassenden Friedensaktion anstrebt. Nur durch eine gemeinsameuropäische Freiheitspolitik, in der die deutsche Frage den ihr gebührenden mittel-europäischen Rang erhält, lassen sich Freiheit und Frieden für alle erreichen. Eine Isolierung der deutschen Frage dagegen bringt die 18 Millionen unterdrückter Deutscher der ersehnten Freiheit nicht näher."

Der Bundeskanzler schuldet dem deutschen Volk und der Welt Klarheit darüber, was er mit diesen Äußerungen meint. Sie erinnern in fatter Weise an sein vor Jahren in Hannover gesprochenes Wort von der Notwendigkeit einer Neuordnung Ost-Europas. Es ist bekannt, dass nicht nur Robert Ingrim, der lange Zeit zu den Leibjournalisten Dr. Adenauers gehörte, sondern leider auch der von Dr. Adenauer als Deutschenfreund in seinem Artikel zitierte Salvador de Madariaga den Standpunkt verfechten, es gehe nicht an, allein den Deutschen in der sowjetisch kontrollierten Zone durch die Wiedervereinigung zur Freiheit zu verhelfen, das Schicksal jener Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang müsse vielmehr mit dem Schicksal auch der Polen, der Tschechen und Ungarn verknüpft werden. Was soll es also bedeuten, dass Dr. Adenauer unter Hinweis auf Madariaga betont, der Eisernen Vorhang trenne nicht bloss Deutschland sondern gehe bis zur Adria? Will die Warnung davor, dass man die deutsche Frage nicht isolieren dürfe, nicht nur das Selbstverständliche besagen, nämlich dass unser Ringen um die deutsche Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit als ein Teil der Gesamtentspannung zwischen West und Ost gesehen werden muss, sondern soll diese Warnung darüber hinaus noch etwas ganz anderes bedeuten, nämlich dass die Deutschen im Machtbereich der Sowjetunion allein dann auf die freie Wiedervereinigung mit ihrem eigenen Volke hoffen dürfen, wenn zugleich auch Warschau, Prag und Budapest durch ein "roll back" vom sowjetischen Totalitarismus befreit werden?

Die verantwortlichen Organisationen der Heimatvertriebenen, insbesondere der Bund Vertriebener Deutscher, haben in nüchterner Erkenntnis der Weltlage und aus Bekenntnis zur Friedlichkeit der deutschen Wiedervereinigung erst jüngst wieder erklärt, dass die deutsche Wieder-

vereinigung in Freiheit als dringlichste Aufgabe nicht mit der späteren Sorge um die unverzichtbare Zugehörigkeit des deutschen Staatsgebietes jenseits der Oder-Neisse-Linie verquickt werden dürfe. Will dagegen der Bundeskanzler die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit zurückstellen und vertagen, bis auch die osteuropäischen Völker, die durch Hitlers Krieg an den Kreml ausgeliefert wurden, aus ihrem Satelliten-Dasein erlösbar geworden sind?

Glaukt der für das deutsche Volk verantwortliche Regierungschef, dass in einer irgendwie absehbaren Zeit ohne Krieg die Sowjetunion zu einem Verzicht auf ihre Vorherrschaft über den polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen und rumänischen Staat oder gar die baltischen Staaten im Verhandlungswege zu bewegen sein könnte?

Wer angesichts der gegenwärtigen und für die nächste Zukunft überschaubaren Weltlage das Schicksal der Deutschen, die noch im sowjetischen Machtbereich zu leben gezwungen sind, mit dem - sicherlich bedauerenswerten und auch für Europa nicht hinnehmbaren - Schicksal der osteuropäischen Völker verkoppelt, verzichtet nicht bloss auf die lebensnotwendige Initiative zur deutschen Wiedervereinigung, sondern läuft Gefahr, die Stunde der deutschen Wiedervereinigung auf eine völlig ungewisse Zukunft zu vertagen.

* * *

Gronchi und der schiefe Turm von Pisa

PE - Rom, Mitte März

Soweit man den Verlauf des Besuches, den der italienische Staatspräsident Giovanni Gronchi gegenwärtig den Vereinigten Staaten abstatet, heute schon beurteilen kann, weist diese Reise Gronchis gewisse Ähnlichkeiten mit dem Amerikabesuch des seinerzeitigen französischen Regierungschefs Mandès-France auf. In einem wie im anderen Fall war die amerikanische Öffentlichkeit zunächst stark gegen den Gast aus Europa eingenommen, um dann diese ungünstige Meinung sehr rasch zu korrigieren, als man den vieldiskutierten Mann persönlich kennengelernt hatte.

Man ist eben offenbar in Amerika noch immer allzu geneigt, jeden europäischen Politiker, der sich nicht vorbehaltlos zu den in Washington herrschenden aussenpolitischen Ansichten bekennt, sofort für einen

kommunistischen Mitläufer und Saboteur der westlichen Zusammenarbeit zu halten. Aus dieser allzu schematisierenden Beurteilung heraus war man einst Mendès-France mit grossem Mißtrauen begegnet und ähnlich sind bis vor kurzem auch die Gefühle gewesen, die man dem neuen italienischen Staatsoberhaupt entgegenbrachte. Ebenso wie seinerzeit dem Franzosen ist es aber offenbar jetzt auch dem Italiener gelungen, dieses Mißtrauen weitgehend zu zerstreuen.

Man weisse, dass Gronchi sein Amt als Staatsoberhaupt Italiens nicht, wie sein Vorgänger Einaudi, vorwiegend als repräsentative Aufgabe auffasst, sondern dass er seine Stellung dazu benützen will, die Gestaltung der italienischen Politik aktiv im Sinne seiner Überzeugungen zu beeinflussen. Diese aber decken sich nur sehr teilweise mit den Vorstellungen, die man bisher in Washington von dem wünschenswerten inneren und äusseren Kurs Italiens gehabt hat.

Sogleich nach seinem persönlichen Auftreten auf amerikanischem Boden hat es Gronchi jedoch hervorragend verstanden, den grossen persönlichen Charme und die Faszination, über die er verfügt, in den Dienst seiner politischen Anschauungen zu stellen und seinen amerikanischen Gesprächspartnern weitgehend plausibel zu machen, dass er nichts weniger anstrebt, als zum Triumph des Kommunismus in Italien oder sonst irgendwo auf der Welt beizutragen. Das innenpolitische Ziel Gronchis - so setzte er dem Präsidenten Eisenhower und dessen Ministern auseinander - bestehe keineswegs darin, die Macht den Kommunisten zuzuspielen, sondern, ganz im Gegenteil, das bisherige verhängnisvolle Aktionsbündnis zwischen Kommunisten und Linksozialisten zu sprengen und die Letzteren - und damit grosse Teile der Arbeiterschaft - für eine aufbauende Mitarbeit an einem wahrhaft demokratischen und fortschrittlichen Italien zu gewinnen.

Auch in aussenpolitischer Hinsicht hat es Gronchi in seinen Unterredungen mit den amerikanischen Staatsmännern ausgezeichnet verstanden, Missverständnisse und vorgefasste Meinungen zu zerstreuen und seinen Gastgeber begreiflich zu machen, dass seine Kritik an manchen Dogmen des Staatesdepartements ausschliesslich darauf abzielt, psychologische und taktische Fehler des Westens in seiner Haltung gegenüber dem Osten zu korrigieren, so lange dazu noch Zeit ist und damit zur Konsolidierung der westlichen Position beizutragen.

Während eines Festessens, das der Presseklub in Washington zu Ehren

Gronchis veranstaltete, spielte der Vorsitzende der Gastgeber in seiner Begrüßungsansprache auf die Herkunft Gronchis aus Pontedera unweit Pisa an. Damit im Zusammenhang machte er die halb scherzhafte, halb vorwurfsvolle Bemerkung, man behaupte von dem italienischen Staatspräsidenten vielfach, er weise, gleich dem schiefen Turm von Pisa, eine bedenkliche Neigung nach links auf.

Mit bemerkenswerter Schlagfertigkeit hatte Gronchi sogleich eine treffende Antwort bei der Hand:

"Erstens", sagte er, "stehe ich aufrecht da, und zweitens neigt sich der schiefe Turm von Pisa nicht nach links und nicht nach rechts, sondern nach Nordwesten!" - Mit diesem Ausspruch, der wenige Stunden später in allen amerikanischen Blättern zu lesen war, hatte Gronchi die Sympathien Amerikas endgültig für sich gewonnen.

* * *

Kritik an Nazis unerwünscht!

EE - Berlin

Eine gerichtliche Auseinandersetzung, die zur Zeit in Westberlin zwischen dem bekannten Filmregisseur Liebeneiner und einem Filmproduzenten läuft, hat den Vorhang vor einer Entwicklung im deutschen Filmwesen gelüftet, die Anlass zu einem Proteststurm der Bevölkerung werden sollte. Es geht dabei um den Film "Urlaub auf Ehrenwort", der bereits zu den unseligen Zeiten des Herrn Goebbels einmal das Licht der Filmleinwand erblickt hatte. In einem Brief an einen Kritiker weist Liebeneiner darauf hin, dass der Filmverleih - es handelt sich um den Schorcht-Filmverleih - für die Filmgestaltung die Anweisung gegeben habe, weder die Ruinen des Krieges zu zeigen, noch die Partei anzugreifen. Da die Filmhandlung im letzten Kriegsjahr spielt, kann mit der Partei nur die NSDAP gemeint sein.

Stellt schon diese Anweisung des Schorcht-Filmverleihs eine eindeutige Verteidigung des Nazi-Regimes dar, so zeigen die Wandlungen, die die ursprüngliche Liebeneinersche Neu-Fassung des Stoffes zur endgültigen, heute in allen Kinos gespielten Fassung auf Befehl des Geldgebers, nämlich des Schorcht-Filmverleihs, durchmachen musste, wie hier versucht wird, dem Volk die unangenehmen Erinnerungen an die Nazizeit auszutreiben. Nachfolgend die wesentlichsten Änderungen, die vom Filmverleih -6-

über die Produktionsfirma erzwungen wurden:

In einer der Filmszenen gab der Regisseur eine Art Parodie des Leikmarsches von Hitler, des Badenweiler Marsches, indem er in kabarettistischer Art die Melodie durch Paukenschläge und Mundharmonika andeuten liess. Diese Szene musste auf Verlangen des Verleihs gestrichen werden.

Dann gab es in der Originalfassung des Filmstreifens eine Szene, in der jener Offizier, der seinen Mannschaften "Urlaub auf Ehrenwort" gegeben hatte und der dann am Stellungsort all' seine Leute zurückmelde- te, auf die Frage seines Vorgesetzten, ob er froh sei, dass seine Leute alle wieder da seien, mit "Nein, Herr..." antwortete, weil er die Unmenschlichkeit der Verlängerung dieses Krieges eingesehen hatte. Der Filmverleih verlangte eine Änderung des Dialogs in "Jawohl Herr...", offenbar, weil ihm die "Treue zum Führer bis zum bitteren Ende" noch heute in den Knochen steckt.

Am deutlichsten kommen die propagandistischen Absichten dieses Herrn Schorcht darin zum Ausdruck, dass er eine ganze Szene streichen liess, die die Sinnlosigkeit einer Fortsetzung des Nazikrieges zeigte. Einer der "Urlauber auf Ehrenwort" erreicht im letzten Augenblick den Anschluss, durch den er zur Zeit am Stellungsort eintreffen kann. Seine Frau begleitet ihn und trifft mit dem Offizier ihres Mannes zusammen, dem sie in einer erschütternden Szene das Verbrechen vor Augen führt, das in der Verlängerung des schon verlorenen Krieges und in jenem Appell "bis zum bitteren Ende" sowie in der sinnlosen weiteren Aufopferung unzähliger Menschenleben besteht. Auch diese Szene der Handlung war nicht nach dem Geschmack des Schorcht-Verleihs und musste gestrichen werden.

Was nach solchen erzwungenen Streichungen von dem ganzen Film übrig blieb, war sehr bewusst betriebene Verniedlichung der nationalsozialistischen Schuld am deutschen Schicksal. "Keine Angriffe auf die Partei", so gab Liebeneiner in einem Brief an einen Filmkritiker die Anweisungen des Filmverleihers wieder. Die Zensur des Geldgebers hat sich selbst gegenüber einer so starken Persönlichkeit, wie sie Liebeneiner darstellt, durchsetzen können. Ist das nicht ein Alarmzeichen, dass etwas faul an der politischen Gesinnung der massgeblichen deutschen Filmhersteller ist?

Der Schorcht-Filmverleih ist nicht irgendwer, sondern einer jener

Faktoren in der Produktion deutscher Filme, die aufgrund einer nicht zu unterschätzenden Kapitalkraft weitgehend mitbestimmend sind. Ist dieser Verleih nicht erst vor kurzem mit 2,5 Mill. DM in die Bavaria eingestiegen?

* * *

Globke

sp. Das "Echo der Zeit", das Organ des politischen Katholizismus, sieht sich veranlasst, sich schützend vor den Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, den gegenwärtigen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Herrn Globke, zu stellen. Das Wochenblatt verübelt es der SPD, dass sie ihre Angriffe gegen Globke in letzter Zeit verschärft habe. Dabei leistet sich das "Echo der Zeit" eine Unterstellung sozialdemokratischer Motive, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Es schreibt u.a.:

"... aber man wird kaum einen Fehlschluss tun, wenn man bedenkt, dass der SPD profilierte und bekenntnistreue Katholiken in wichtigen Schlüsselstellungen immer unerwünscht sind..."

Das "Echo der Zeit" müsste es freilich auch wissen: die Opposition hält Globke als Staatssekretär nicht für tragbar, weil er ein "profilierter und bekenntnistreuer Katholik" ist, sondern weil er, als Jurist, dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches erst das Werkzeug geliefert hat, mit dem Hunderttausende von Existenzen vernichtet wurden. Es gibt viele profilierte und überzeugte Katholiken, die sich nur mit Scham der Tätigkeit dieses Mannes erinnern und die ihn nun für unwürdig halten, hervorragende Stellen im öffentlichen Leben zu bekleiden. Sie sehen, genau wie die Opposition, in ihm den Mann, der besser daran täte, aus dem Amt, das er jetzt bekleidet, zu verschwinden, als weiterhin eine provozierende Belastung für das Ansehen der Bundesrepublik und der jungen deutschen Demokratie zu sein. Die Abstempelung des Kommentators der schändlichen Nürnberger Rassengesetze zum "profilierten Katholiken" ist eine Beleidigung für alle, die, trotz Globke, sich als treue Söhne und Töchter der katholischen Kirche betrachten.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau